



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Griechenland: Krisenmodus im achten Jahr – und kein Ende in Sicht

Seit einem Jahr belastet nun die griechische Regierung ihren mehr und mehr kränkelnden privaten Wirtschaftssektor mit immer neuen Maßnahmen. Erst Kapitalverkehrskontrollen, jetzt wieder Steuererhöhungen und neue Sozialabgaben. Die Folge: Griechenland befindet sich weiterhin im Krisenmodus. Der Exodus der gut ausgebildeten Unternehmer, Forscher und Fachkräfte – also derjenigen, die Griechenland aus der Krise führen könnten – setzt sich fort. Unternehmen schließen reihenweise, andere verlagern ganze Betriebsstätten ins Ausland, auch nach Albanien und Bulgarien. Selbst dort sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen inzwischen besser als in Griechenland. Auf einen mit Schwung angegangenen Reformprozess mit positiver Ausstrahlung auf die griechische Wirtschaft müssen wir weiter warten.

All das interessiert die griechische Regierung jedoch gar nicht, glaubt sie doch, sie könne den Privatsektor ohne Ende melken. Sie sieht stattdessen in einem starken griechischen Staat mit mehr Beamten den einzig gangbaren Ausweg aus der Krise. Kein Wunder, dass sie derzeit wieder die Einstellung von 10 000 Beamten plant.

Hinzu kommt nun die Flüchtlingskrise, die Griechenland als schwächstes Glied in der Kette trifft, seitdem die sogenannte Balkanroute geschlossen wurde. Lösen soll dieses Problem das Abkommen mit der Türkei, wonach illegal nach Griechenland eingereiste Flüchtlinge zurück in die Türkei gebracht werden. Das Abkommen wurde auf EU-Ebene getroffen, umsetzen sollen es aber in erster Linie die griechischen Behörden, verstärkt durch Sachbearbeiter aus anderen EU-Ländern. Als Kompensation werden dafür Erleichterungen für Griechenland bei der Tilgung seiner Staatsschuld ins Spiel gebracht. Doch das wäre ein schlechter Kuhhandel, der nicht aufgehen kann und der zwei Themen zu vermischen droht, die getrennt behandelt werden müssen.

Der Ablauf macht einmal mehr deutlich, dass das Dublin-Abkommen grundlegend falsch ausgestaltet ist. Die Flüchtlingskrise wird dementsprechend als nationale Aufgabe

betrachtet. Innerhalb der EU versucht jeder, den schwarzen Peter weiterzureichen. Und manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser schwarze Peter nach den Verhandlungserlebnissen im letzten Sommer gern Griechenland zugeschoben wird, nachdem „die dort ja nicht mal in der Lage sind, ihre Seegrenze zu sichern“.

Mit ein paar Beamten aus anderen EU-Ländern, die in Griechenland aushelfen sollen, ist es nicht getan. Angesichts der riesigen Zahl von Flüchtlingen wird diese Krise erst dann vernünftig bewältigt werden, wenn das Thema als eine EU-Gemeinschaftsaufgabe mit eigenem Finanztopf und eigenen Beamten definiert wird. EU-Beamte sollten das EU-Türkei-Abkommen vor Ort umsetzen und den Mitgliedstaaten finanzielle, organisatorische und personelle Unterstützung proportional zu den von ihnen aufgenommenen Flüchtlingen gewähren. Dann könnte es auch gelingen, dass die Flüchtlinge fairer auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Gleichzeitig wäre Griechenlands ohnehin knappes Budget von zusätzlichen Belastungen befreit, für die es dieses Mal keine Verantwortung trägt.

Und es gilt, einer Wahrheit ins Gesicht zu schauen: Diese Flüchtlingskrise ist nicht die letzte gewesen. Klimaflüchtlinge werden bald vor der Tür stehen. Eine bessere EU-weite Vorbereitung wäre also hilfreich.

Die Loskoppelung der Flüchtlingsthematik würde auch nicht mehr den Blick auf die griechische Schuldenkrise verstellen. Hier wird es Zeit, dass sich die Gläubiger Griechenlands angesichts der desaströsen Wirtschaftslage fragen, ob sie mit den im dritten Sparpaket verankerten Vereinbarungen die Schrauben nicht überdrehen. Griechenland braucht endlich auch Investitionen in seine wirtschaftliche Zukunft, mit denen es für die Menschen attraktiv wird, die es derzeit in Scharen verlassen. Wenn schon die eigene Regierung mit ihrer Wirtschaft so wenig konstruktiv umgeht, liegt es in der Verantwortung der EU-Politiker gegenüber der griechischen Bevölkerung, dieses Thema offensiv anzugehen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Sebastian Kollmann
Dr. Peter Krause
Marie Kristin Marten
Ilka Müller

Lektorat

Dr. Malte Rieth

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.